Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Energiekrise: EU-Länder sollen Gas und Strom sparen
2. Breite Zustimmung für Wadephuls Initiative, mit Russland zu sprechen
3. „Vorposten des Westens“
4. Aufwärmen für das Feuer
5. Sachsen-Anhalt: CDU macht bei Suche nach Anti-AfD-Ministerpräsidenten nicht mit
6. SPD will mit Linken und Grünen sondieren
7. Norbert Häring: Scharfer Gegenwind gegen das BSW als konsequente Friedenspartei
8. Information wird Politik
9. Krankenkasse wird teurer, doch kein Brief kommt: So erkennen Rentner die Erhöhung rechtzeitig
10. „Trifft mal wieder Frauen“: VdK-Präsidentin wettert gegen Linnemanns Kürzungspläne bei Kinderkrankentagen
11. Regierung beschließt digitalen Kassenbon ab 2028
12. Corona-Untersuchungsausschuss: Sachsens Regierung ordnete psychiatrische Einweisung für „Quarantäne-Verweigerer“ an
13. Sparkasse Karlsruhe kündigt Journalisten wegen falschem Interviewpartner das Konto
14. Was uns das Schicksal der Schuhmacher im viktorianischen England über unsere KI-Zukunft sagt
15. Das Letzte: Absurde Friedenspreisverleihung an die Nato

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Energiekrise: EU-Länder sollen Gas und Strom sparen**
   Es wird immer verrückter. Dieselbe EU-Kommission, die die neue Energiekrise leugnet und den Bau von energiefressenden KI-Rechenzentren fördert, fordert nun die Mitgliedstaaten auf, Gas und Strom zu sparen.
   In einem Schreiben an die Energieminister der 27 Mitgliedstaaten erklärte Energiekommissar Jørgensen, die Abhängigkeit der Region von importierten fossilen Brennstoffen lege die Turbulenzen auf den Energiemärkten offen.
   Er rief die Regierungen auf, sich dringend auf die Heizperiode vorzubereiten.
   Quelle: Lost in Europe

   dazu auch: **US-Botschafterin in Griechenland soll Sturz der rumänischen Regierung angedeutet haben**
   Hintergrund sind laut einem Bericht des "Wall Street Journal" Interessen der USA beim Verkauf von Flüssiggas nach Europa
   Wirbel um Kimberly Guilfoyle, die US-Botschafterin in Griechenland: Laut einem Artikel des Wall Street Journal (WSJ) hat die Ex-Verlobte von Donald Trump jun., dem Sohn des US-Präsidenten, im Gespräch mit einem griechischen Regierungsmitglied großspurig Einblick in zweifelhafte Machtambitionen ihres Landes gegeben. Bei einem Abendessen in Athen im März dieses Jahres soll Guilfoyle mit Energieminister Stavros Papastavrou über den – damals noch bevorstehenden – Sturz der rumänischen Regierung gesprochen und eine Involvierung Washingtons angedeutet haben. "Wir können das in jedem Land tun, in dem wir wollen", sagte sie demnach. "Auch hier."
   Das Wall Street Journal beruft sich dabei auf einen Zeugen, der bei der Unterhaltung anwesend war. Ihm zufolge habe Papastavrou sich einigermaßen konsterniert gezeigt und eingewandt, die USA könnten nicht einfach eine gewählte Regierung beseitigen.
   Quelle: der Standard

2. **Breite Zustimmung für Wadephuls Initiative, mit Russland zu sprechen**
   Der Politikwissenschaftler Hans-Joachim Funke analysiert die Reaktionen in Deutschland auf das erste Treffen der Außenminister Russlands und Deutschlands seit Kriegsbeginn. […]
   Der deutsche Außenminister hat den Bann jedenfalls gebrochen. Die Gesprächsverweigerung ist Geschichte. Er hat damit die arrogante Position der deutschen Außenpolitik kassiert, die bestimmen wollte, wann der Gesprächskanal wieder geöffnet wird.
   Die große Pose ist geplatzt
   Friedrich Merz hatte sich in der Stunde des CDU-Desasters in Mecklenburg-Vorpommern als mächtiger Kanzler, der die Dinge in Europa klärt, inszeniert. Doch die

Pose war eher eine Karikatur als die von ihm beanspruchte, Carl Schmitt nachempfundene Allmachtsinszenierung vom großen Kanzler, der den Feind stellt. Merz war nicht einmal nach New York gereist, sondern musste aus innenpolitischer Schwäche zu Hause bleiben.
Quelle: World News Monitor

3. **„Vorposten des Westens“**
   Die israelische Rechtsaußenregierung treibt ihre Kooperation mit Parteien der extremen Rechten in Europa voran und nimmt dabei auch die AfD in den Blick. Nach einer systematischen Aufnahme der Zusammenarbeit mit Parteien des Zusammenschlusses Patriots for Europe (PfE), dem beispielsweise der französische Rassemblement National (RN) und der belgische Vlaams Belang (VB) angehören, nähern sich israelische Minister jetzt der FPÖ an. Israels Diasporaminister Amichai Chikli (Likud) etwa stuft eine Rede von FPÖ-Chef Herbert Kickl, in der dieser seine Partei zu „neuen Schutzherren für jüdische Interessenlagen“ erklärte, als „historischen Wendepunkt“ in den Beziehungen „zwischen der FPÖ“ und „dem Staat Israel“ ein. Chikli hatte schon kurz nach der Bundestagswahl im Februar 2025 erklärt, auch mit der AfD sei eine Kooperation möglich, sofern diese sich von einzelnen NS-verherrlichenden Protagonisten lösen könne. Der Ausbau der Rechtsaußenkooperation begleitet die Gewaltpolitik, mit der Israel seine Macht stärken will – in Kooperation auch mit Berlin, das über Israel mehr Einfluss in Nah- und Mittelost zu erlangen sucht. Gegner dieser Politik werden in einer völlig enthemmten Kampagne attackiert.
   Quelle: German Foreign Policy
4. **Aufwärmen für das Feuer**
   Europa rüstet sich für den Krieg — und wer rüstet sich für den Frieden? Deutschland bereitet seine Krankenhäuser auf bis zu 1.000 verwundete Soldaten am Tag vor. Die deutsche und amerikanische Rüstungsindustrie soll enger verzahnt werden. Milliarden fließen in Raketen und Drohnen für die Ukraine. NATO-Kampfjets schießen Drohnen über Litauen ab. Bundeskanzler Friedrich Merz spricht davon, Russland führe Krieg gegen „die Ukraine und den Westen“. Was ist eigentlich los in Europa?
   Quelle: Manova
5. **Sachsen-Anhalt: CDU macht bei Suche nach Anti-AfD-Ministerpräsidenten nicht mit**
   Drei Wochen nach seinem Wahlsieg hat AfD-Mann Ulrich Siegmund immer noch keine Koalition in Aussicht. Die SPD will nun andere Möglichkeiten ausloten, die CDU aber zeigt kein Interesse […]
   Die SPD-Einladung angenommen haben die Linke, die Grünen und auch das BSW. Nicht dabei sein wird die CDU. Sie war bei der Wahl um 20 Punkte abgesackt und nur

noch bei 17,2 Prozent gelandet. Sie sieht ihre Rolle in der Opposition und die AfD am Zug. “Das Wahlergebnis ist relativ eindeutig, der Ball liegt im Spielfeld der AfD”, sagt CDU-Landesvizechef Marco Tullner. Kritik an der Absage der CDU kommt von Grünen, Linken und SPD. “Es muss schnell eine Regierung geben”, mahnt Grünen Landeschefin Suse Sziborra-Seidlitz.
Quelle: der Standard

6. **SPD will mit Linken und Grünen sondieren**
Der Vorstand der Berliner SPD hat sich nach Informationen des rbb zu Sondierungsgesprächen mit Linkspartei und Grünen bereit erklärt. Damit haben nun alle drei Parteien Sondierungen zugestimmt.
Die Berliner SPD wird Sondierungsgespräche mit den Linken und Grünen führen. Das hat der Landesvorstand der SPD nach rbb-Informationen am Samstag beschlossen. Dem Sondierungsteam sollen bis zu fünf Personen angehören, wie die Deutsche Presse-Agentur berichtet. Darunter seien die beiden Landesvorsitzenden Bettina König und Steffen Krach sowie Derya Caglar für die Fraktion. Hinzu kämen je nach Gesprächsthema bis zu zwei weitere Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstands oder andere Expertinnen und Experten der Partei. Zuvor hatten die Linken am Freitagabend bei einem Sonderparteitag mit großer Mehrheit beschlossen, Sondierungen mit Grünen und SPD aufzunehmen. Die Grünen hatten den Gesprächen bereits unter der Woche zugestimmt.
Quelle: tagesschau
7. **Norbert Häring: Scharfer Gegenwind gegen das BSW als konsequente Friedenspartei**
Der Wirtschaftsjournalist Norbert Häring erklärt im Interview mit World News Monitor, warum das BSW nicht abgeschrieben werden sollte. […]
Warum immer so knapp: 4,9 Prozent waren es schon bei der Bundestagswahl?
Genau genommen waren es 4,981 Prozent. Weniger als 10.000 Stimmen fehlten angeblich. Wenn und falls nachgezählt wird, wird sich herausstellen, dass das BSW nicht gescheitert ist. Da bin ich sehr zuversichtlich. Genauso zuversichtlich bin ich, dass das Bundesverfassungsgericht wegen seiner bisherigen Rechtsprechung nicht darum herumkommen wird, eine Nachzählung anzuordnen. Dass bis dahin aber eine Regierung, die bei korrekter Zählung keine Mehrheit hätte, in Deutschland regieren darf, ist ein Skandal. Die Altparteien zeigen mit der einhelligen Ablehnung der gut begründeten Wahlbeschwerde des BSW, was „unsere Demokratie“ für sie bedeutet. Es bedeutet Demokratie unter ihrer Kontrolle.
Quelle: World News Monitor
8. **Information wird Politik**
In Moskau diskutieren Journalisten, Nachrichtenagenturen und Medienexperten aus

zahlreichen Ländern über Desinformation, künstliche Intelligenz und die Macht über öffentliche Wirklichkeit. Beim Forum „Dialog über Fakes 4.0“ geht es um weit mehr als einzelne Falschmeldungen. Es wird gesprochen über Vertrauen, journalistische Souveränität und wie Informationen geprüft werden können, bevor aus Behauptungen politische Tatsachen werden.
Eine falsche Nachricht braucht heute keine Redaktion mehr. Ein Smartphone genügt. Ein täuschend echtes Video lässt sich erzeugen, eine Stimme klonen, ein Bild verändern und innerhalb von Minuten über Kontinente verbreiten. Die Korrektur kommt später. Wenn sie überhaupt kommt.
Um dieses Problem kreiste am 22. September in Moskau das vierte internationale Forum „Dialog über Fakes 4.0“.
Quelle: Sabiene Jahn auf Globalbridge

9. **Krankenkasse wird teurer, doch kein Brief kommt: So erkennen Rentner die Erhöhung rechtzeitig**
Bisher kam der Brief zuverlässig. Erhöhte die Krankenkasse ihren Zusatzbeitrag, musste sie jedes Mitglied vorher schriftlich warnen und auf das Recht zum Kassenwechsel hinweisen. Seit dem 30. Juli 2026 ist diese Pflicht gestrichen, berichtete die Berliner Zeitung bereits im Sommer. Für Rentner hat das eine Tücke, die kaum jemand kennt: Bei ihnen taucht eine Erhöhung erst zwei Monate später auf dem Konto auf. Ohne Brief bleibt sie deshalb oft lange unbemerkt
Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung unseres Lesers H.M.: *Um die Folgen ihrer eigenen Politik – Erhöhung der Zusatzbeiträge bei Krankenkassen – vor dem Bürger zu verbergen, streicht der Deutsche Bundestags einfach die bisherige Informationspflicht der Krankenkassen. Alles mit mit freundlicher Unterstützung der Spezialdemokraten, die über ihre katastrophalen Wahlergebnisse entsetzt sind. Die Erhöhung lässt sich nicht verbergen, sie kommt später raus und sorgt dann für Ärger.*

10. **„Trifft mal wieder Frauen“: VdK-Präsidentin wettert gegen Linnemanns Kürzungspläne bei Kinderkrankentagen**
Die von Bundesgesundheitsminister Carsten Linnemann (CDU) angekündigte Kürzung der Kinderkrankentage stößt beim Sozialverband VdK auf scharfe Kritik. Verbandspräsidentin Verena Bentele warnt, die Reform werde die Belastung für Frauen weiter erhöhen – und widerspreche damit dem politischen Ziel, mehr Frauen in Vollzeit zu bringen.
Linnemann hatte am Mittwoch in der Regierungsbefragung im Bundestag klargemacht, dass die während der Corona-Pandemie erhöhten Kinderkrankentage

nach 2026 nicht verlängert werden. „Das ist eine Regel, die wir eingeführt haben während Corona“, so der Minister. Sonderregeln aus der Pandemiezeit müssten wieder zurückgenommen werden. Ab 2027 sinkt der Anspruch damit von derzeit 15 auf 10 Tage pro Kind und Elternteil. Bei Alleinerziehenden halbiert sich der Anspruch von 30 auf 20 Tage im Jahr.
Quelle: FR Online

dazu auch: **Sozialproteste stellen sich breiter auf**
Die Gewerkschaften wagen einen erneuten Versuch, in die Offensive zu kommen. Für das kommende Wochenende ruft der DGB zu bundesweiten Sozialprotesten gegen die Kürzungspläne der Bundesregierung auf. Unter dem Motto „Hart verdient! Deine Arbeit. Deine Gesundheit. Deine Rente“, sind in 15 Städten Kundgebungen geplant, darunter in Berlin, Essen und Frankfurt am Main. Alleine für die Kundgebung in Essen, wo DGB-Chefin Yasmin Fahimi reden soll, erwartet die Gewerkschaft 10.000 Teilnehmer:innen.
Zuletzt hatte der DGB allerdings mit Mobilisierungsproblemen zu kämpfen. So hatten die Gewerkschaften bereits Anfang Juli gemeinsam mit der Linkspartei zu einem Aktionstag aufgerufen, zu dem in Berlin kaum 1.000 Menschen kamen. Dass da durchaus Potenzial nach oben ist, zeigte zwar ein DGB-Protest in Hamburg, der immerhin 4.000 Menschen mobilisierte – eine nachhaltige Protestbewegung entwickelte sich jedoch nicht.
Nun versuchen es die Gewerkschaften also erneut.
Quelle: taz

11. **Regierung beschließt digitalen Kassenbon ab 2028**
Die Bundesregierung will die Bonpflicht abschaffen und mehr elektronische Kassen vorschreiben. Das Kabinett billigte dazu am Mittwoch einen Gesetzentwurf des Finanzministeriums, wie dieses in Berlin mitteilte. Papierbelege sollen ab 2028 durch digitale Alternativen ersetzt werden. “Das bedeutet für alle weniger Bürokratie – sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch für Unternehmen”, sagte Finanzminister und SPD-Chef Lars Klingbeil. Mit digitalen Kassen würden alle Umsätze erfasst. „Damit verhindern wir Steuerhinterziehung und schaffen faire Wettbewerbsbedingungen. Ich will, dass die Ehrlichen nicht die Dummen sind.“
Lars Klingbeil, Finanzminister und SPD-Chef
Quelle: ZDF

Anmerkung Christian Reimann: *Donnerwetter, was für ein mächtiger Schlag – ein digitaler Kassenbon soll Steuerhinterziehung verhindern und zugleich für weniger Bürokratie für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen sorgen. Immerhin ist*

zu entnehmen, dass der Papierbon wegen der „speziellen Beschichtung“ kein harmloses Papier ist. Ob die Umwelt durch einen digitalen Bon wirklich weniger belastet wird, ist fraglich – immerhin benötigen digitale Vorgänge auch Energie, die letztlich ihren Ursprung in der Natur hat.

12. **Corona-Untersuchungsausschuss: Sachsens Regierung ordnete psychiatrische Einweisung für „Quarantäne-Verweigerer“ an**
Die sächsische Landesregierung hat in der Frühphase der Corona-Krise angeordnet, Corona-„Quarantäne-Verweigerer“ in psychiatrische Einrichtungen einzuweisen. Vorgesehen waren dabei insgesamt 22 Plätze in vier psychiatrischen Landeskrankenhäusern. Das geht aus einem seinerzeit von Gesundheits-Staatssekretärin Dagmar Neukirch (SPD) gezeichneten Erlass hervor, den die BSW-Fraktion Ende August 2026 im sächsischen Corona-Untersuchungsausschuss bekanntmachte. Dabei habe es sich um „Zwangseinweisungen nach richterlichem Beschluss“ gehandelt, sagte die BSW-Abgeordnete Ines Biebrach in einem Bericht der Journalistin Claudia Jaworski.
Bereits am 17. Juli 2026 hatte der sächsische Innenminister Armin Schuster (CDU) auf eine AfD-Anfrage hin eingeräumt, dass zwischen April 2021 und März 2022 insgesamt vier „Ansteckungsverdächtige und Ausscheider“ in einer Landeseinrichtung, direkt neben der Justizvollzugsanstalt (JVA) Dresden, zwangsweise untergebracht worden waren – darunter ein 14-jähriger Junge, vom 29. April bis zum 9. Mai 2021.
Quelle: Multipolar

Anmerkung Christian Reimann: *Das ist herausgekommen, weil es in Sachsen einen Untersuchungsausschuss über die merk-würdigen Coronajahre gibt. Wenn nun jedes Landesparlament und der Deutsche Bundestag einen Corona-Untersuchungsausschuss eingerichtet hätte – was würde dann wohl alles ans Tageslicht kommen? Manche Tagungen der Corona-Enquetekommission des Bundestages hat ja bereits einiges offenbart, was für die „Experten“ und politischen Verantwortlichen vermutlich eher unangenehm ist. Erinnert sei z.B. daran, dass Spahns Auftritt zum Desaster geworden ist und Konsequenzen unabdingbar sind. Interessant ist auch die Vernehmung des Herrn Drosten | Prof. Homburg.*

13. **Sparkasse Karlsruhe kündigt Journalisten wegen falschem Interviewpartner das Konto**
Die Sparkasse Karlsruhe hat die Gründe mitgeteilt, aus denen sie dem freien Journalisten Flavio von Witzleben das Geschäftskonto gekündigt hat. Der Vorwand ist Geldwäscheverdacht, doch die vorgebrachten Gründe könnten auf die meisten freien Journalisten angewendet werden. Von Witzleben klagt gegen die Sparkasse.

Die Gründe für die Kündigung wurden dem Kläger von Witzleben erst jetzt mitgeteilt, obwohl das Konto schon im letzten Jahr gekündigt wurde. Zu der langen Verzögerung beigetragen hat, dass erst die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen den entsprechenden Schriftsatz gegenüber dem Gericht freigeben musste. Finanzinstituten ist bei Strafe verboten, Geldwäscheverdächtigen die Verdachtsgründe oder auch nur die Tatsache des Verdachts mitzuteilen. Andererseits dürfen Sparkassen, anders als Geschäftsbanken, nicht willkürlich Konten kündigen.
Quelle: Norbert Häring

14. **Was uns das Schicksal der Schuhmacher im viktorianischen England über unsere KI-Zukunft sagt**
Durch das Aufkommen von Nähmaschinen verschwanden 153.000 Jobs. Gleichzeitig entstanden jedoch 140.000 neue, rechnet eine Studie vor. Was bedeutet das für heutige Umwälzungen?
Es war eine der Boomindustrien im England des 19. Jahrhunderts: Bekleidung und Schuhe herzustellen war ein anspruchsvolles Handwerk, das Geschick, Erfahrung und Zeit erforderte. Um 1851 gab es im Land rund 220.000 Schuhmacher. Mit der Erfindung von Nähmaschinen, die dickes Schuhleder verarbeiten konnten und die sich rasch durchsetzten, kam es zu einem tiefgreifenden Umbruch in der Branche.
“Die Leute waren sogar bereit, Geld zu bezahlen, nur um die Maschine in Aktion zu sehen”, sagt Hillary Vipond vom Complexity Science Hub (CSH) Vienna über die Innovation, die letztlich zusammen mit der Verlagerung in Fabriken die gesamte Bekleidungsindustrie verändert hat.
Quelle: der Standard

15. **Das Letzte: Absurde Friedenspreisverleihung an die Nato**
Eine wirtschaftliche und politische Elite adelt das militärische Bündnis mit einem Friedenspreis, der für etwas ganz anderes steht.
Die Entscheidung, der Nato am 1. Oktober 2026 im Historischen Rathaus zu Münster den Internationalen Preis des Westfälischen Friedens zu verleihen, ist ein geschichtspolitisches Blendwerk. Sie vernebelt die reale Wahrheit hinter einer scheinheiligen Fassade, indem ausgerechnet die Nato, ein atomar bewaffnetes Militärbündnis, mit einem Friedenspreis geadelt werden soll. Stellvertretend wird Generalsekretär Mark Rutte die Auszeichnung entgegennehmen, während Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) die Laudatio hält. (…)
Der Nato den Internationalen Preis des Westfälischen Friedens zu verleihen, verkehrt das Erbe von 1648 in sein exaktes Gegenteil. Das historische Vorbild macht diese Ehrung für das militärische Bündnis vollends absurd: Der Westfälische Friede von 1648 beendete den verheerenden Dreissigjährigen Krieg nicht durch den Sieg einer militärischen Supermacht, sondern durch jahrzehntelange, gleichberechtigte

Diplomatie und gegenseitige Zugeständnisse aller Kriegsparteien. Er begründete ein System der staatlichen Souveränität, in dem Sicherheit durch Kooperation und nicht durch militärische Blockbildung und Ausgrenzung definiert wurde.
Quelle: Manfred Böhm auf Infosperber